

Selektive statt Soziale Marktwirtschaft?

Eine ordoliberalen Perspektive auf Humanität und soziale Gerechtigkeit in der Pandemiepolitik

Jona van Laak

1. Selektivität in der Pandemie

»Das vom mystischen Licht der rationalen ökonomischen Offenbarung geblendete Auge war blind gegenüber Problemen, die im Dunkel der Soziologie verborgen lagen« (Rüstow 2001: 23).

Dunkelheit durchzieht nachts die Straßen vieler Städte. Sie vermag den Blick für soziale Missstände zu verschleiern, verbergen kann sie sie nicht. Während sich das Leben vieler Menschen in der Sicherheit der eigenen vier Wände abspielt, kämpfen andere einen existentiellen Kampf um die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft, die ihnen kaum Schutz gewährt. Diese Erkenntnis ist sicherlich nichts Neues. Doch vielleicht kann sich der oder die Leser:in an die Emotionen von Angst und Unsicherheit erinnern, die er/sie zu Beginn der Corona-Pandemie erlebte und sich vorstellen, wie er/sie diesem Schutzbedürfnis hätte Rechnung tragen wollen, wäre er/sie obdachlos gewesen.

Im Schatten der Diskussion um pandemische Bewältigungsmaßnahmen, hat COVID-19 in kürzester Zeit intensive gesellschaftliche Veränderungen erzeugt. *Cleavages* haben sich verschoben. Kaufkraft und ökonomische Teilhabe, Profit und Schaden verteilen sich in ungleichem Maße in der Gesellschaft. Sie werfen die Frage der Vereinbarkeit mit den ethischen Anforderungen der Sozialen Marktwirtschaft auf. Einem Wirtschaftssystem, das bereits im Namen ein klares normatives Bekenntnis in sich trägt.

Dieser Beitrag geht auf Spurensuche in den ordoliberalen Theorieentwürfen, die die Entstehung und Umsetzung der sozialen Marktwirtschaft in der Bundesrepublik begleitet haben. Dabei soll dargestellt werden, welche Verpflichtung staatlicher Ordnungspolitik mit Blick auf soziale Aufgaben, die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und der Fürsorge zukommt und welche Inkompatibilitäten die Pandemiepolitik mit diesen Zielen aufweist. Dazu wird sich der Fokus dieses Beitrags auf die

Lebenssituation der Obdachlosigkeit richten und zeigen, wieso gerade diese Situation im besonderen Maße der politischen Aufmerksamkeit und Notwendigkeit eines wirkmächtigen Staates bedurft hätte.

2. Der dritte Weg

2.1 Ordolibérale Entwicklungslinien

Als der *dritte Weg* (Röpke 1961/09: 202) lässt sich die Entwicklung des Wirtschaftssystems der sozialen Marktwirtschaft in der jungen Bundesrepublik der 1950er Jahre bezeichnen. Es ist ein wirklichkeitsorientierter (Eucken 1950/65: 8) Mittelweg zwischen den idealtypischen (Eucken 1950/65: 127; Goldschmidt 2002: 43) Wirtschaftssystemen der freien Marktwirtschaft und der zentralen Planungswirtschaft. Er ist getragen von dem Anspruch, aus den »Fehlern« des »historischen Kapitalismus« zu lernen und damit der »freie(n) Gesellschaft« (Röpke 1963: 348, in: Dörr 2017: 13) und der Marktwirtschaft eine Entwicklungschance zu geben.

Die Wurzeln dieser Sozialen Marktwirtschaft lassen sich bis in die Theorieschule des Freiburger Ordoliberalismus der 1930er Jahre nachverfolgen. Ordoliberalismus unterscheidet sich gegenüber anderen Liberalismus-Strömungen durch das Konzept einer staatlich garantierten Ordnung¹ als über die Marktgarantie hinausgehende Staatsaufgabe. Und dennoch verschwimmen die Grenzen zwischen den Theorieschulen zunehmend. Die Beziehung zwischen Ordoliberalismus² und der Sozialen Marktwirtschaft Müller-Armacks wird zunehmend als Symbiose gesehen (Botzem/Hesselmann 2018: 404; Bezug auf: Ptak 2004: 289) und Ordoliberalismus definitorisch in Richtung Neoliberalismus gerückt (Ötsch et al. 2018; Young 2013; Ptak 2004, in: Botzem/Hesselmann 2018: 403). Denn einig sind sich Ordolibérale und Neolibérale in der »feste(n) Überzeugung« (Dörr 2017: 15), dass der Markt der effizienteste Verteilungsmechanismus unter der Bedingung der Güterknappheit ist. Der klare Unterschied ist die Bewertung des Marktversagens und der damit verbundene Anspruch der Ordnungspolitik.³

1 Der Ordoliberalismus erfordert nach Böhm zunächst einmal lediglich die »Existenz (irgend)einer Ordnung absolut« (Armbrüster 1993: 60), ohne jenseits der Kontingenzvorgabe Inhalte zu definieren. Ordnungspolitik ist daher Politik zur Gestaltung dieser Ordnung, mit einem wirkmächtigen Staat im Sinne einer starken Ordnungsmacht (Rüstow 2001: 35; Goldschmidt/Wohlgemuth 2008: 2).

2 Vertreter sind u.a. Rüstow, Röpke, Eucken, Böhm, v. Hayek, Großmann-Dörth.

3 Weiterentwicklung durch die Neue Institutionenökonomik (z.B. Schüller, Vanberg). Teils begrifflich unter *moderne* Ordnungsökonomik (Feld et al. 2019: 67; Goldschmidt/Wohlgemuth 2008: 10) subsumiert.

2.2 Soziale Marktwirtschaft

»Daß Alfred-Müller-Armack um die Mitte des 20. Jahrhunderts ein Wort gefunden hat, das schlechthin unentbehrlich geworden ist [...], wird man sich einst als Kuriosität erzählen« (Röpke 1961/09: 200).

Auch wenn die Soziale Marktwirtschaft weitere »Ideeengeber« (Goldschmidt/Wohlgemuth 2008: 3) hat, so ist es Müller-Armacks Verdienst, daraus ein System geformt und als Staatssekretär an seiner Umsetzung mit gearbeitet zu haben. Die Erfolgsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft ist damit geprägt von der Erfahrung, Wohlstand und Frieden in die kriegsgebeutelte Gesellschaft getragen zu haben. Und sie ist in genau diesem Verständnis als evolutionäre Verbindung von wirtschaftlicher Freiheit und Gerechtigkeit verstanden worden.

»Die Marktwirtschaft ist ein offenes System. Sie ist dies vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Dynamik. Der moderne Sozialstaat wird seiner Aufgabe, zwischen den einzelnen Schichten zu vermitteln und auszugleichen, nur gerecht werden können, wenn die wirtschaftliche Dynamik ihm diese Aufgabe erleichtert« (Müller-Armack 1952/08: 465).

Das Differenzierungskriterium wird bei der Frage der Zielerreichung des Sozialen sichtbar. Während der Fokus der ordoliberalen Gerechtigkeitsdefinitionen auf wettbewerbsorientierter Leistungsgerechtigkeit liegt, erweitert Müller-Armack den sozialen Schutzauftrag des Staates bis in die anthropologische Tiefe der Gesellschaft hinein (Lange-von Kulesa/Renner 1998: 81f).

3. Die Kategorie des Sozialen

»Zu einer Gesamtwirtschaftsordnung gehört vielmehr eine Sozialordnung« (Von Dietze et al. 1943/08: 103).

3.1 Wettbewerbsordnung (Eucken)

An der »wirtschaftlichen Wirklichkeit« (Eucken 1950/65: IX, 8) entwickelt Eucken seine Nationalökonomik, der Methodik ab- und der Praxis zugewandt. Die philosophische Prägung, die er durch seinen Vater erfuhr (Goldschmidt 2012: 3), führt zur Verknüpfung ethischer Anforderungen mit der Ökonomik (Goldschmidt 2002: 94). So richtet sich sein Blick auf die Relevanz der Ordnung (Goldschmidt 2012: 6–7).

»Ordnung hat aber noch einen anderen Sinn: als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht, d.h. Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen« (Eucken 1950/65: 239).

Eucken steht damit für einen umfassenden Anspruch von Ordnung im Sinne einer *Lebensordnung*, die eine Umsetzung der idealen, respektive *wahren Ordnung* darstellt (Goldschmidt 2002: 94, 108). Die Liste der aus dem Ordo-Gedanken ableitbaren ethischen Anforderungen, lassen sich, so Goldschmidt, aus dem Anhang der Denkschrift des Freiburger Bonhoeffer-Kreises von 1942 herauslesen: Er enthält ein klares Bekenntnis zu den zehn Geboten, versteht den Menschen als *sittliche Persönlichkeit* und sieht den engen Zusammenhang zwischen Individuum und Gemeinschaft, der im Kontext einer Gesamtordnung abzubilden ist (Goldschmidt 2002: 129ff).

Diese umfassende Vorstellung einer idealen Ordnung wird von Eucken in eine praxisorientierte Wettbewerbsordnung (konstituierende und regulierende Prinzipien) transformiert. Der Wettbewerb hat hier ebenfalls eine soziale Funktion. Eucken bezeichnet ihn als *riesenhaften Ausgleichsprozess*, der jeden Marktteilnehmenden berücksichtigt und damit sozial in dem Sinne ist, als er »frei von jeder Willkürlichkeit« (Eucken 2007: 74) ist. In dieser demokratischen Vollkommenheit erscheint der Wettbewerb als Instanz der Gerechtigkeit. Eingriffe in den Wettbewerb sind deshalb ein ökonomisches und ein gesellschaftliches Problem.

»Die *Tauschgerechtigkeit* wird verfälscht und dadurch das Prinzip des Tausches sozial kompromittiert« (Eucken 2007: 78).

Das soziale Ziel zerfällt so bei Eucken in einen normativ starken Anspruch, alles Ökonomische als Soziales zu betrachten (Eucken 1952/59: 313, in: Goldschmidt 2002: 136) und in einer Ordnung abzubilden (Nientiedt 2019: 126), und das schmale sozialpolitische Ziel, dies primär über die Wettbewerbssicherung zu erreichen.

3.2 Soziale Notlagen (Röpke)

Ordnung ist auch bei Röpke im Sinne des Dualismus von Wettbewerbsordnung und Werteordnung zu verstehen. Freiheit und Gerechtigkeit bilden die normative Spitze und wirken damit auf das wirtschaftspolitische Handeln ein. Politische und wirtschaftliche Freiheit erfordern einander. Denn eine durch die Wirtschaftsverfassung etablierte Ordnung ist für Röpke gleichbedeutend mit einer prinzipien-gesteuerten Wirtschaftspolitik, die alle Steuerungsfelder gleichermaßen betrifft und ordnet (Röpke 1950/09: 189). Zugleich bildet sich dadurch eine »Atmosphäre der Sicherheit und Kontinuität« (Röpke 1954/08: 476) zwischen Wirtschaftsakteuren aus. Dieses umfassende Verständnis ist für Röpke in Freiburger Tradition realisierbar durch Entmachtung, Dezentralisierung und Wettbewerbssicherung. Im Anschluss an Eu-

cken entwickelt Röpke jedoch einen *geistig-moralisch* tiefer reichenden Anspruch an die Rahmenordnung (Kolev 2009: 30), wenngleich in Abgrenzung zu Müller-Armack eine *institutionelle Trennung* zwischen ökonomischer und gesellschaftlicher Ordnung erhalten bleibt (Zweynert 2007: 15).

»Mit anderen Worten: die Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muß in eine höhere Gesamtordnung eingebettet werden, die nicht nur die Unvollkommenheiten und Härten der Wirtschaftsfreiheit korrigiert, sondern dem Menschen die seiner Natur gemäße Existenz schafft« (Röpke 1951/09: 255).

Hiermit wird der Mensch, ähnlich wie bei Rüstow oder Böhm, stärker in seiner Ganzheit und nicht funktionsbezogen in die Ordnungsentwicklung eingebettet. Das hat auch Konsequenzen für die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit: Staatliche Eingriffe, beispielsweise zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit oder konjunkturellen Ausgleichs, sind der dazu notwendige »Spielraum« – »sei es wegen eines allgemeinen Notstandes« oder wegen einer »spezifischen Notlage« (Röpke 1950/09: 193). Nur so ist der Staat in der Lage, der Aufgabe zu begegnen, die »Komplexität menschlicher Beziehungen« (Lottieri 2014: 35) zu verstehen.

3.3 Fürsorge und Vitalpolitik (Rüstow)

Rüstow folgt zunächst Euckens Position. Er wertet Gerechtigkeit als »Startgerechtigkeit« (Rüstow 2001: 83), womit auch der marktfokussierte Ansatz sichtbar wird, Teilhabe als Startchance für eine Teilnahme am Wettbewerb zu betrachten (Stichwort: Wohlfahrtsökonomik). Doch sein altphilologisches Interesse führt dazu, dass Vitalpolitik zu einem umfassenden anthropologischen Konzept seiner Theorie wird.

»Die Wirtschaft ist Mittel, die Vitalsituation aber Zweck« (Rüstow 1945/01: 143, in: Dörr 2017: 45).

Rüstow greift das antike Glücksstreben ebenso auf, wie das klassische Freiheitsverständnis oder das *Prinzip der christlichen Fürsorge* und entwickelt eine Analyse und Hierarchisierung menschlicher und sozialer Bedürfnisse (Dörr 2017: 26), aus der er ein umfassendes sozialpolitisches Aufgabenportfolio ableitet. Auch wenn seine Bewertung der Gemeinschaft romantisierende Züge trägt, so zeigt sich in der Vitalpolitik ein humanistischer Politikanspruch, der die Bedürfnisse von Menschen in unterschiedlichsten Lebenssituationen abzubilden und zur politischen Aufgabe zu transformieren sucht (Dörr 2017: 35–37).

3.4 Agenda der Sozialpolitik (Müller-Armack)

Diese bei Rüstow anklingende Intention, die Ganzheit des Menschen und seine Bedürfnisse in einer Pluralität der Ordnungen abzubilden, gelingt Müller-Armack, als er seine Theorie von Beginn an ohne die geistige Trennung von Ökonomie- und Gesellschaftsordnung entwickelt.

»Wir wissen heute, daß die Marktwirtschaft bestimmten Anforderungen nach sozialem Ausgleich und sozialer Sicherheit nicht hinlänglich genügt und müssen uns um den Einbau entsprechender Stabilisatoren bemühen« (Müller-Armack 1952/08: 460).

Müller-Armack teilt mit Rüstow und Röpke die Bedeutung der *sozialen Kohäsion* und die Problematik des Auseinanderfallens von Individuum und Gesellschaft (Zweynert 2007: 14). Gerade die leistungsfördernde Seite der Wettbewerbsordnung sieht Müller-Armack als Grund, um mit »sozialer Umverteilung« (Schnabl 2020: 8) und Gesellschaftspolitik Ergänzungen vorzunehmen, »die den Menschen nicht nur funktionell als Produzenten und Konsumenten, sondern auch in seiner persönlichen Existenz sieht« (Müller-Armack 1952/08: 460). Dazu schafft er eine Verbindung zwischen ökonomischer und gesellschaftlicher Ordnung, genauer gesagt spielt die bei Röpke oder Rüstow vorhandene Trennung in seiner symbiotischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik keine Rolle (Zweynert 2007: 15). Er erkaufte sich dies allerdings mit der Gefahr der Instrumentalisierung von Sozialpolitik, die von Seiten des Ordoliberalismus als möglicher Automatismus staatlichen Eingreifens (Rüstow 2001: 52) stets zu hegen versucht wird.

4. Unvereinbarkeiten der Pandemiepolitik

Der Krisendruck und die fehlende Kalkulierbarkeit des Risikos zu Beginn der Corona-Pandemie haben im März 2020 vor allem Strategien der kurzfristigen Problemlösung eingefordert. Diese Maßnahmen haben ökonomisch seit der Zweiten Infektionswelle (Van Laak/Vatanparast 2021: 15) und sozial/ethisch seit Pandemiebeginn verschiedene Konfliktfelder zur ordoliberalen Werteordnung aufgebaut.

Ordoliberale Politik steht aus Perspektive des *Zeithorizonts* für langfristige und verlässliche Politikformulierung, aus Perspektive des *Fokuspunkts* für eine Interdependenz der Ordnungen, d.h. eines breiten, gesamtgesellschaftlichen Blickwinkels und Interessenswahrung aller Bürger:innen, aus Perspektive der *Instrumente* für klare rechtliche Regeln und für die Wirkmächtigkeit staatlicher Regulierung, die sich daraus ergibt und aus Perspektive des *Stils* für einen konsensorientierten Politikstil (Hesse/Karstens 2019: 349). Mit Blick auf diese Steuerungsziele haben sich in

der Pandemie auf mehreren Ebenen theoretische Inkompatibilitäten entwickelt – u.a. hinsichtlich ethischer Anforderungen, sozialem Miteinander, ökonomischer Teilhabe und Güterverteilung. Der Analysefokus dieses Beitrags wird sich auf die ethischen und sozialen Inkompatibilitäten der Obdachlosigkeit richten, dennoch sei hier auf einige ökonomische Aspekte ausführlicher hingewiesen, die mittelbare Wirkung auf Obdachlosigkeit erzielen.

Dies betrifft erstens die Selektivität staatlicher Transfer- und Subventionsleistungen (z.B. Solo-Selbstständige im Kulturbereich vs. Großunternehmen der Industrie), die soziale Umverteilungseffekte wie etwa Erwerbslosigkeit (z.B. überproportionales Sozialhilfe-Risiko für Selbstständige durch fehlende Unterstützungsleistungen; Lehner 2021) oder stark steigende Altersvorsorgerisiken mit sich bringen. Zweitens, die eingeschränkte Kompensation von Berufsausübungsverboten oder Eingriffe in die zentralen ökonomischen Freiheiten in intransparenter, kaum kalkulierbarer und zeitlich äußerst kurzfristiger Weise (Van Laak/Vatanparast 2001: 20–21). Drittens, die geldpolitisch induzierten Effekte, die zur signifikanten Verteuerung wichtiger sozialer Güter wie beispielsweise Lebensmitteln, Energiekosten oder Wohnraum führen und für deren Bereitstellung es nicht ausreichend sozial geförderte Substitute gibt.

Mit Blick auf die sozialen und ethischen Inkompatibilitäten der Pandemiepolitik sind seit März 2020 sichtbare Risse im gesellschaftlichen Zusammenhalt entstanden. Der Pandemiepolitik ist es nicht gelungen, eine Wahrung der Interessen aller Bürger:innen und ein Gefühl der Solidarität zu erzeugen. Dies soll im Folgenden mit Blick auf die Lebenssituation der Obdachlosigkeit dargestellt werden, die einen der Zustände höchster Bedürftigkeit darstellt.

5. Obdachlosigkeit in pandemischen Zeiten

»Wir sollen das Menschenmögliche tun, diese (konjunkturellen, JvL) Schwankungen zu vermindern, und sogar das Übermenschliche, um ihre brutalen Wirkungen auf das menschliche Einzelschicksal mit Nächstenliebe und wirtschaftspolitischem Takt erträglich zu machen« (Röpke 1943/09: 109).

Die Lebenssituation der Obdachlosigkeit ist gekennzeichnet durch den Verlust des eigenen Wohnraums und der damit verbundenen Verlagerung des eigenen Lebensraums in die Öffentlichkeit. Dieser Verlust des Wohnraums ist nicht nur eine Veränderung in der Verfügbarkeit materieller Güter, sondern bedeutet für Betroffene die Aufgabe des Kernbereichs privater Lebensgestaltung. Obdachlosigkeit zählt damit zu den Situationen größter Bedürftigkeit und höchster Gefährdung für ein menschenwürdiges Dasein.

Die Corona-Pandemie hat dieses Risiko durch die Gefahr von externen Einflussfaktoren wie z.B. Erwerbslosigkeit (Feantsa 2021) oder einer Infektion und den damit verbundenen Einschränkungsmaßnahmen weiter erhöht. Service-Leistungen mussten aufgrund der Infektionsschutzverordnungen eingeschränkt oder teilweise eingestellt werden. Eine Studie von 2021 zeigt auf, dass über 60 Prozent der befragten (n=232) Einrichtungen in deutschen Großstädten ihre Kapazitäten in der Pandemie einschränken und gestiegene Kosten mehrheitlich über Spenden oder soziale Träger refinanzieren mussten (Gräske et al. 2021: 3–4). Die Unterstützung durch öffentliche Träger spielte eine untergeordnete Rolle.

Auf Bundesebene sind im Rahmen der Pandemiepolitik keine einheitlichen Regelungen oder Transferleistungen zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit verabschiedet worden. Einzelne Bundesländer haben singular Gelder für Hilfeleistungen an Betroffene zur Verfügung gestellt oder eigene Einrichtungen gegründet. So beispielsweise Nordrhein-Westfalen mit einem Notfallpaket zur Akutversorgung über 500.000 Euro (NRW 2020), 24/7 Unterkünfte in Berlin (Berlin 2021) oder die Initiative Erfrierungsschutz und 400.000 Euro Soforthilfe in Baden-Württemberg (Baden-Württemberg 2021). Ein länderübergreifendes koordiniertes Vorgehen stellten diese Maßnahmen jedoch nicht dar.

Auch hinsichtlich der Ausgestaltung der Maßnahmen meldeten viele Einrichtungen Probleme mit administrativen Hürden (SWR 2022), Kapazitätsengpässen (Brehmer 2022), institutionellen Defiziten (SWR 2021) oder Finanzierungsproblemen. Sie decken sich mit Studien, die zeigen, dass finanzielle Defizite (Gräseke et al. 2021), Personal und Laborausstattung (Lindner et al. 2021) Hauptbarrieren für einen Weiterbetrieb der Einrichtungen unter erschwerten Hygienebedingungen waren.

Mit Blick auf die Dimension des Sozialen wirft dies die Frage auf, ob diese Hierarchisierung der Obdachlosigkeit in Einklang mit der ordoliberalen Wertordnung zu bringen ist. Diese Einschätzung teilte auch Bundespräsident Steinmeier, der im September 2022 die unmittelbare Notwendigkeit politischen Handelns gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit auf die einfache Frage zuspitzte: »Warum kriegen wir das eigentlich in einer reichen Gesellschaft nicht in den Griff?« (Steinmeier 2022).

5.1 Prinzip Menschenwürde

»Die staatliche Ordnungsaufgabe besteht in der Konstituierung und Sicherung eines rechtlichen Rahmens für eine freiheitliche Ordnung, in der sich ein menschenwürdiges und erfolgreiches Leben entwickeln kann« (Eucken 1952/90: 14, in: Schüller 1998/02: 191).

Die Vorstellung einer »menschlich angemessenen Existenz des Einzelnen« (Röpke 1950/09: 190) durchzieht ordoliberales Denken wie ein roter Faden. Die Würde des Menschen zu wahren, ist nicht nur grundgesetzlich die priorisierte Staatsaufgabe

(Art 1. GG), sondern wird auch von ordoliberalen Denker:innen immer wieder zur entscheidenden normativen Kategorie gemacht, die eine Ordnung zu erfüllen hat.

»Garant ist für eine allen Mitgliedern der Gesellschaft dienliche Wirtschaftsordnung, die der Freiheit jedes einzelnen und seiner Würde verpflichtet ist« (Goldschmidt/Wohlgemuth 2008: 2).

Die Würde des Einzelnen verpflichtet das politische Gemeinwesen. Die Menschenwürde ist, diesen Anspruch teilen alle Ordoliberalen, ein nicht zur Disposition stehendes Ziel, das politisches Handeln unmittelbar bindet. Dass ein Zustand der Obdachlosigkeit in der Krisensituation einer globalen Pandemie wenig politische Beachtung erfährt, ist mit dem normativen Anspruch dieser ordoliberalen Werteordnung nicht vereinbar.

5.2 Solidarität und Bedürftigkeit

»Der Mensch ist, wie Aristoteles es klassisch formuliert hat, seiner Natur nach ein Gemeinschaftswesen. Nicht nur physisch und materiell ist er auf Gemeinschaft, auf gegenseitige Hilfe, angewiesen, sondern noch mehr psychisch und ideell« (Rüstow 2001: 135).

Solidarität ist eine starke Antwort für soziale Kohäsion. Ein Gemeinwesen, darin ähnelt sich der historische Erfahrungshorizont ordoliberaler Denker:innen, bedarf der Gemeinschaft, um des Atomismus Herr zu werden. Der kritische Blick von Röpke, Rüstow u.a. auf die Entfremdungsprozesse, die der Wettbewerbsdruck und die Individualisierung in Gesellschaften in Gang gesetzt haben, braucht Prinzipien des sozialen Zusammenhalts. Solidarität und Bedürftigkeit gehen dabei Hand in Hand.

»Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft waren sich noch einig darin, daß die Elemente der Sozialpolitik – gerade in Bezug auf die soziale Sicherung – immer dem Prinzip der Subsidiarität (d.h. des Vorrangs privater Vorsorge und selbstverwalteter Körperschaften vor zentralstaatlichen Maßnahmen verpflichtet sein müssen« (Goldschmidt/Wohlgemuth 2008: 7).

Vorrang privater Vorsorge heißt jedoch auch: Bei Nicht-Tätigwerden privater Vorsorge ist der Staat in der Pflicht, aktiv zu werden. Die Tatsache, dass soziale Träger in Studien immer wieder als Hauptakteure bei der Bereitstellung von Leistungen für Obdachlose identifiziert werden (Trummer et al. 2020: 14), ist mit Blick auf diesen Anspruch ein grundlegendes Defizit.

»so wird es im Übrigen ja auch dann noch Sache der Allgemeinheit und ihrer Sozialpolitik sein, [...] in Fällen übermächtiger Not helfend einzugreifen« (Rüstow 2001: 94f).

Die selektive Abwägung in sozialpolitischen Entscheidungen zählt bekanntermaßen zu den Diskussionspunkten in der Sozialen Marktwirtschaft. Doch ist ein Fürsorge-erfordernder Zustand eben kein Zustand der Abwägung von Privilegien (siehe: »privilegienfreie(n) Zivilrechtsgesellschaft«; Böhm 1980, in: Schüller 1998/02: 191), sondern ein existentieller Zustand, der der unmittelbaren Hilfe bedarf. Die Nicht-Gewährung dieser Hilfe ist damit eine Außerkraftsetzung des Solidaritätsgedanken und mit dem christlichen Anspruch des Gemeinwesens ebenso wenig verantwortbar, wie mit der ordoliberalen Werteordnung.

5.3 Soziale Teilhabe

»Der Einzelne [...] muß damit rechnen, daß er aus Gründen, die nicht in ihm selbst zu liegen brauchen, von dem sozialen Zusammenwirken ausgeschlossen und an den Rand der gesellschaftlichen Existenzbedingungen gedrückt wird. Das bedeutet nicht nur Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz, sondern ein Brachliegen seiner Kräfte und eine unverdiente Demütigung seines Selbstgefühls« (Eucken 1952/59: 182, in: Hesse/Karstens 2019: 350).

Das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit als Merkmal der Teilnahme am Wettbewerbsmarkt erfordert die Befähigung zur Teilnahme am Markt. Der Zuteilungslogik des Marktes zu Folge setzt die Zuteilung einer Leistung oder eines Gutes die Erbringung einer Gegenleistung voraus. Diese soziale Inkompetenz des Marktes macht mit Blick auf die normative Anforderung sozialer Ziele ein staatliches Eingreifen notwendig. Denn an die von Eucken konzeptionell über »Planungsrechte« (Schüller 2000/02: 5) zugeteilte Güternutzung, könnte man im inhaltlichen Anschluss mit dem *Property Rights*-Ansatz argumentieren, dass die Verfügungsrechte über knappe Güter entscheidend für die gesellschaftliche Teilhabe sind. Güternutzung befähigt zur Teilhabe – das Nicht-Verfügen über Güter ist demnach ein Kriterium des Ausschlusses vom Markt und aus der Gesellschaft.

Die Situation der Obdachlosigkeit hat demzufolge harte Konsequenzen für die soziale Teilhabe, wirkt sie doch wie ein Ausschluss aus der Gesellschaft inmitten der Gesellschaft. Durch die Kopplung von wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe, können die Eintrittshürden für die Teilnahme am Markt und damit der Gesellschaft für den Einzelnen prohibitiv hoch werden.

Ordoliberales Denken grenzt sich an diesem Punkt dezidiert vom Neoliberalen Anspruch des freien Marktes ab. Das Konzept einer Vitalpolitik, dass die Theorie von Rüstow, Röpke und Müller-Armack durchzieht, und die »vitale Einheit des Men-

schen« »jenseits des Ökonomischen« (Müller-Armack 1960/76: 280, in: Dörr 2017: 47) zur Forderung erhebt, geht sogar noch weiter darüber hinaus. Es sieht direkt in der Ausgrenzung von Obdachlosen und mittelbar in der fehlenden sozialen Teilhabemöglichkeit eine Verletzung des Vitalitätsgedanken, der einen korrigierenden politischen Eingriff erforderlich macht.

5.4 Schutz des Wohnraums

»Eine Wirtschaftspolitik [...] wird diesem sehr menschlichen Nesttrieb Rechnung tragen müssen, indem sie den wirtschaftlich Schwachen über die Sorge beruhigt, plötzlich der Geborgenheit der Wohnung beraubt zu werden« (Röpke 1959/09: 324).

Obdachlosigkeit steht gleichbedeutend für den Verlust von Wohnraum. Bekanntermaßen können die Ursachen eines Abgleitens in Obdachlosigkeit unterschiedlicher Natur sein. Ein probates Gegenmodell wäre jedoch die Ausweitung des Bestands an sozial gefördertem und damit bezahlbarem Wohnraum für Einkommensschwache oder -lose. Theorie-Ansätze der *Care Ethics* haben auf die Bedeutung des Wohnraums als eines Zuhauses und damit Schutz- und Entfaltungsraums hingewiesen. Die Eigentumslosigkeit und die stetige Verknappung von günstigem Wohnraum führen damit zu einem Wettbewerb um ein soziales Gut und das stetige Gefahrenbewusstsein, dass »die Unterbrechung der Erwerbsfähigkeit oder ihr dauernder Verlust für den Eigentumslosen die Bedrohung der Existenz« (Hoeffner 1957/08: 536) darstellen.

Der Bestand an Sozialmietwohnungen im Bundesgebiet ist zwischen 2006 und 2019 um fast 50 Prozent gesunken (Statista 2020), während der deutschlandweite Mietpreisindex für diesen Zeitraum kontinuierlich gewachsen ist (Statista 2022). Mit Blick auf Obdachlosigkeit erfordert diese Entwicklung eine Abwägung, ob staatliche Wohnungspolitik nicht wieder eine stärkere Gewichtung erhalten sollte, um Menschen die Angst vor oder die Realität von Obdachlosigkeit nehmen zu können.

6. Governance der Bedürftigkeit

»Es muß demgegenüber betont werden, daß keine Ordnung als solche schon sittlich ist« (Müller-Armack 1952/08: 463).

Ordoliberalismus steht für eine Abgrenzung von jeglichem ökonomischen Automatismus-Denken einer Selbstproduktion der Kategorie des Sozialen. Das Soziale bedarf einer politischen Entscheidung – für Fairness, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Menschlichkeit. Die *conditio humana* bei Rüstow, Röpke und Müller-

Armack rückt den Menschen als Menschen mit allen Facetten seiner »Existenz« (Müller-Armack 1952/08: 460), seiner »Vitalsituation« (Rüstow 1945/01: 143), in das Blickfeld und Aufgabenportfolio der Politik. Daraus erwächst dem Staat die Aufgabe, »zwischen den einzelnen Schichten zu vermitteln und auszugleichen« (Müller-Armack 1952/08: 465) und die Krise des Einzelnen, die »spezifische(n) Notlage« (Röpke 1950/09: 193) zu lösen, gleich ob sie verschuldet oder unverschuldet ist (Schulze Heuling 2020: 434).

Für die Selektivität staatlicher Sozialpolitik räumen die Ordoliberalen dem wirkmächtigen Staat Entscheidungsbefugnisse ein, um Automatismus oder sozialistische Günstlingswirtschaft zu verhindern. Ihre Grenzziehung ist jedoch, und das ist für diesen Beitrag entscheidend, aufs Klarste formuliert: Ein existentieller, die Menschenwürde bedrohender Zustand, bedarf der unmittelbaren Hilfe und der vollen sozialpolitischen Aufmerksamkeit durch den Staat. Genauer betrachtet ist er ordoliberal sogar als Aspekt von Defiziten im Ordnungsrahmen bzw. einer *verfehlten Ordnungspolitik* zu bewerten (Schüller 2019: 125) und damit eine Grundsatz- und keine Verteilungsfrage. Und doch steht es außer Frage, dass die Politik im Kontext der Pandemie eben nicht das *Übermenschliche* getan hat, um die »brutalen Wirkungen auf das menschliche Einzelschicksal« (Röpke 1943/09: 109) auszugleichen. Ohne sozial organisierte Solidarität, müssen die von Bund und Ländern verabschiedeten Hilfen für Obdachlose als unzureichende Maßnahmen bewertet werden. Damit verfehlt staatliche Sozialpolitik an diesem Punkt den Anspruch auf eine Sicherung von Menschenwürde, Solidarität und der Wiederherstellung sozialer Teilhabe für Betroffene.

Diese *policy*-Defizite bei der Bewältigung von Obdachlosigkeit in pandemischen Zeiten bestätigen die historische Konfliktlinie um die Zielerreichungsprobleme des Sozialstaatsziels. Das gilt umso mehr, als die *Governance*-Struktur bei sozialpolitischen Transferleistungen der von den Ordoliberalen geforderten Transparenz und Wissenszirkulation sicherlich nicht entsprechen. Lobbyistischer Einfluss auf Verteilungsprozess sollte aus deliberativer Perspektive kein Merkmal politischer Entscheidungsfindung sein und doch zeigt sich, dass der Mangel an lobbyistischer Einflussnahme und der Mangel an Transferleistungen Korrelationen aufweisen. Welche Lobby haben Obdachlose? Diese provokante Frage sollte einen Transformationsprozess in Gang setzen, wie diejenigen, »die ihre eigenen Interessen nicht wahrnehmen können« (Schüller 1986/02: 172) im politischen Prozess in Zukunft besser berücksichtigt werden könnten.

Literaturverzeichnis

Armbrüster, Christian (1993): An der Wiege deutscher Identität nach 1945. Franz Böhm zwischen Ordo und Liberalismus, JR, 2, 59–60.

- Baden-Württemberg (2021): Soforthilfe für die Unterbringung von Obdachlosen, Pressemitteilung (26.11.2021), <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/soforthilfe-fuer-die-unterbringung-von-obdachlosen-1/> (abgerufen am 11.09.2022).
- Berlin (2021): Berlin erhält zusätzlich fast 37 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds für soziale Projekte – Sozialsenatorin Breitenbach plant weitere 24/7-Unterkünfte für obdachlose Menschen, Pressemitteilung (25.06.2021), <https://www.berlin.de/sen/ias/presse/pressemitteilungen/2021/pressemitteilung.1099861.php> (abgerufen am 11.09.2022).
- Böhm, Franz (1980): Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, Baden-Baden: nV.
- Botzem, Sebastian/Hesselmann, Judith (2018): Gralshüter des Ordoliberalismus?, *Leviathan*, 46(3), 402–431.
- Brehmer, Marten (2022): Keine Quarantäneplätze für infizierte Obdachlose, nd-aktuell (26.06.2022), <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1164847.corona-und-obdachlosigkeit-keine-quarantaeneplaetze-fuer-infizierte-obdachlose.html> (abgerufen am 11.09.2022).
- Dörr, Julian (2017): Die europäische Kohäsionspolitik. Eine ordnungsökonomische Perspektive, Berlin: de Gruyter.
- Eucken, Walter (1927): Vom Radikalismus sozialistischer und Euckenscher Prägung, in: *Die Tatwelt*, 3, 44–48.
- Eucken, Walter (1950/65): *Die Grundlagen der Nationalökonomie*, Berlin: Springer.
- Eucken, Walter (1952/08): Die Politik der Wettbewerbsordnung – Die konstituierenden Prinzipien, in: Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen: Mahr Siebeck, 197–220.
- Eucken, Walter (1952/59): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Hamburg: Rowohlt.
- Eucken, Walter (2007): *Entmachtung durch Wettbewerb*, Münster: Lit-Verlag.
- Feantsa (2021): The impact of COVID-19 on homeless service providers & homeless people: the migrant perspective, Report of the European Federation of National Organisations Working with the Homeless, https://bischof-hermann-stiftung.de/fileadmin/user_upload/Report_Cov19___migrants.pdf (abgerufen am 11.09.2022).
- Feld, Lars P./Köhler, Ekkehard A./Nientiedt, Daniel (2019): Die Europäische Währungsunion aus traditioneller und moderner ordnungsökonomischer Perspektive, *ORDO*, 69, 65–84.
- Goldschmidt, Nils (2002): Entstehung und Vermächtnis ordoliberalen Denkens. Walter Eucken und die Notwendigkeit einer kulturellen Ökonomik, Münster: Lit-Verlag.
- Goldschmidt, Nils (2012): Gibt es eine ordoliberale Entwicklungs-idee? Walter Euckens Analyse des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels, *Freiburger*

- Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik, 12(3), Freiburg i. Br: Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.
- Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (2008): Entstehung und Vermächtnis der Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, in: Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen: Mahr Siebeck, 1–20.
- Gräske, Johannes/Koppe, Louise/Neumann, Fränze/Fobrig, Theresa A. (2021): Services for homeless people in Germany during the COVID-19-pandemic. A descriptive study, Nursing and Health Policy Perspective, DOI: 10.1111/phn.13027.
- Hesse, Nils/Karstens, Felix (2019): Ordoliberalismus vs. Wirtschaftspopulismus. Unterschiedliche Konzepte für ähnliche Wähler, ORDO, 69, 341–365.
- Hoeffner, Joseph (1957/08): Die Funktionen des Privateigentums in der freien Welt, in: Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen: Mahr Siebeck, 533–544.
- Kolev, Stefan (2009): Macht und soziale Kohäsion als Determinanten: Zur Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik bei Walter Eucken und Wilhelm Röpke, HWWI Research Paper, 5–8, Hamburg: HWWI.
- Lange-von Kulesa, Jürgen/Renner, Andreas (1998): Die Soziale Marktwirtschaft Alfred Müller-Armacks und der Ordoliberalismus der Freiburger Schule, Zur Unvereinbarkeit zweier Staatsauffassungen, ORDO, 49, 79–104.
- Lehner, Joana (2021): Corona: Warum es kaum Hilfe für Selbstständige in Hartz IV gibt (26.07.2021), Business Insider, <https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/corona-warum-es-kaum-hilfe-fur-selbststaendige-in-hartz-iv-gibt-b/> (abgerufen am 18.01.2022).
- Lindner, Andreas K./Sarma, Navina/Rust, Luise Marie et al. (2021): Monitoring for COVID-19 by universal testing in a homeless shelter in Germany. a prospective feasibility cohort study, BMC Infectious Diseases, DOI: <https://doi.org/10.1186/s12879-021-06945-4>.
- Lottieri, Carlo (2014): Ethics, Market, and the Federal Order, The Political Philosophy of Wilhelm Röpke, Journal des Économistes et des Études Humaines, 20.
- Müller-Armack, Alfred (1952/08): Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft, in: Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen: Mahr Siebeck, 457–474.
- Müller-Armack, Alfred (1960/1976): Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik, in: ders. (Hg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration, 267–291.
- Nientiedt, Daniel (2019): Metaphysical justification for an economic constitution? Franz Böhm and the concept of natural law, Constitutional Political Economy, 30, 114–129.

- NRW (2020). Notfallpaket für die Akutversorgung von obdachlosen Menschen. Pressemitteilung (31.03.2020), <https://www.land.nrw/pressemitteilung/minister-laumann-versorgung-obdachloser-auch-der-corona-krise-sicherstellen> (abgerufen am 11.09.2022).
- Ötsch, Walter/Pühringer, Stephan/Hirte, Kathrin (2018): Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie, Wiesbaden: Springer VS.
- Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Röpke, Wilhelm (1943/09): »Vollbeschäftigung« – ein Irrweg zu einem selbstverständlichen Ziel, in: Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop: Manuscriptum, 103–118.
- Röpke, Wilhelm (1950/09): Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik, in: Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop: Manuscriptum, 187–199.
- Röpke, Wilhelm (1951/09): Der Mensch, nicht der Eintopf, in: Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop: Manuscriptum, 253–257.
- Röpke, Wilhelm (1954/08): Wirtschaftssystem und Internationale Ordnung, in: Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen: Mahr Siebeck, 475–493.
- Röpke, Wilhelm (1959/09): Die politische Ökonomie. Was »heißt politisch unmöglich«?, in: Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop: Manuscriptum, 315–325.
- Röpke, Wilhelm (1961/09): Die Laufbahn der Sozialen Marktwirtschaft, in: Hennecke, Hans Jörg (Hg.): Marktwirtschaft ist nicht genug. Gesammelte Aufsätze, Waltrop: Manuscriptum, 200–207.
- Röpke, Wilhelm (1963): Dem Gedenken an Alexander Rüstow, in: Rüstow, Alexander (Hg.): Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1962, 345–350, Ludwigsburg: Hoch.
- Rüstow, Alexander (1942): Appendix: General Sociological Causes of the Economic Disintegration and Possibilities of Reconstruction, in: Röpke, Wilhelm (Hg.): International Economic Disintegration, Philadelphia: Porcupine, 267–283.
- Rüstow, Alexander (1945/2001): Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Marburg: Metropolis.
- Rüstow, Alexander (1951/63): Wirtschaftsordnung und Staatsform, in: ders. (Hg.): Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1962, 230–248, Ludwigsburg: Hoch.
- Rüstow, Alexander (1958/63): Was muss die freie Welt tun?, in: ders. (Hg.): Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1962, 5–115, Ludwigsburg: Hoch.

- Rüstow, Alexander (1962/63). Zielgemeinschaft tut not, in: ders. (Hg.): Rede und Antwort. 21 Reden und viele Diskussionsbeiträge aus den Jahren 1932 bis 1962, 30–49, Ludwigsburg: Hoch.
- Rüstow, Alexander (2001): Die Religion der Marktwirtschaft, Münster: Lit-Verlag.
- Schnabl, Gunther (2020): Soziale Marktwirtschaft damals und heute. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 69(1), 1–24.
- Schüller (1986/02): Die institutionellen Voraussetzungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung, in: Schüller, Alfred (Hg.): Marburger Studien zur Ordnungsökonomik, Stuttgart: Lucius & Lucius, 163–174.
- Schüller (1994/02): Meine Tasche, Deine Tasche. Das Umverteilungschaos im Sozialstaat, in: Schüller, Alfred (Hg.): Marburger Studien zur Ordnungsökonomik, Stuttgart: Lucius & Lucius, 175–182.
- Schüller (1998/02): Wie kann und soll eine Soziale Marktwirtschaft der Zukunft aussehen?, in: Schüller, Alfred (Hg.): Marburger Studien zur Ordnungsökonomik, Stuttgart: Lucius & Lucius, 184–203.
- Schüller (2000/02): Theorie des wirtschaftlichen Systemvergleichs – Ausgangspunkte, Weiterentwicklungen und Perspektiven, in: Schüller, Alfred (Hg.): Marburger Studien zur Ordnungsökonomik, Stuttgart: Lucius & Lucius, 3–32.
- Schüller, Alfred (2002): Marburger Studien zur Ordnungsökonomik, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Schüller, Alfred (2019). Armut als Ordnungsfrage – Vom Wert des ordnungsökonomischen Denkens, ORDO, 69, 96–134.
- Schulze Heuling, Dagmar (2020): Ethik und Corona, Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31, 417–439.
- Statista (2020): Sozialwohnungen in Deutschland bis 2019 (08/2020), <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/892789/umfrage/sozialwohnungen-in-deutschland/> (abgerufen am 13.02.2023).
- Statista (2022): Entwicklung des Mietpreisindex für Deutschland in den Jahren von 1995 bis 2021, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/70132/umfrage/mietindex-fuer-deutschland-1995-bis-2007/> (abgerufen am 13.02.2023).
- Steinmeier, Frank Walter (2022). Gesprächsforum zum Tag der Wohnungslosen. (11.09.2022). <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/09/220911-Fachaustausch-Wohnungslosigkeit.html> (abgerufen am 11.09.2022).
- SWR (2021): Corona-Warnstufe: Hilfseinrichtungen für Obdachlose in Heilbronn-Franken fordern Leitfaden, SWR (06.11.2021), <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/heilbronn/unklarheiten-fuer-obdachlose-in-corona-warstufe-100.html> (abgerufen am 11.09.2022).
- SWR (2022): Corona verschärft Lage in Einrichtungen: Obdachlose leiden unter Pandemie, SWR (22.02.2022), <https://www.swr.de/swraktuell/baden-w>

- uerttemberg/wohnungslose-leiden-unter-pandemie-100.html (abgerufen am 11.09.2022).
- Trummer, Ursula/Novak-Zezula, Sonja/Chrzanowska, Mariola et al. (2020). How structural compensation facilitates health care for the homeless. A comparative view on four European Union Member States, *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 17(23), <https://doi.org/10.3390/ijerph17239114> (abgerufen am 13.02.2023).
- Van Laak, Jona/Vatanparast, Farid (2021): Die Corona-Pandemie als ordnungsökonomische Herausforderung und Beschleuniger von Change-Prozessen im Mittelstand, in: Chlosta, Simone et al. (Hg.): *KCE Schriftenreihe*, 4, Essen: MA Verlag.
- Von Dietze, Constantin/Eucken, Walter/Lampe, Adolf (1943/08): Wirtschafts- und Sozialordnung, in: Goldschmidt, Nils/Wohlgemuth, Michael (Hg.): *Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik*, Tübingen: Mahr Siebeck, 99–115.
- Young, Brigitte (2013): »Ordoliberalismus – Neoliberalismus – Laissez-faire-Liberalismus«, in: Wullweber, Joscha von et al. (Hg.): *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden: Springer VS, 33–48.
- Zweynert, Joachim (2007): Die Entstehung ordnungsökonomischer Paradigmen. Theoriegeschichtliche Betrachtungen, *HWWI Research Paper*, 5–2.

